

Hausärzte möchten mehr Informationen

Eine Auslagerung der Akutbetten würde zu einer Verschlechterung der Behandlungsqualität führen, so die Hausarztvereinigung OW-cura.

Martin Uebelhart

Der Verein der niedergelassenen Ärzte des Sarneraats – OW-cura – setzt sich mit Nachdruck für den Erhalt des Kantonsspitals Obwalden (KSOW) inklusive stationären Angebots und Notfallstation ein. Einen Umbau des Spitals in ein ambulantes Ärztezentrum werde die Obwaldner Ärzteschaft nicht unterstützen. Das schreibt der Verein in einer Medienmitteilung und reagiert damit auf eine Mitteilung des Obwaldner Regierungsrats von vergangener Woche.

Knapp vier Jahre nach der Erteilung eines Projektauftrags für die Erarbeitung einer Versorgungsstrategie im Akutbereich seien der Obwaldner Bevölkerung erstmals fünf verschiedene Modelle vorgestellt worden. Diese seien bereits 2020 von der Projektgruppe und der Taskforce Akutversorgung erarbeitet worden. OW-cura habe in Person ihres Präsidenten Martin Sigg Einsitz in der damaligen Task-

force gehabt. Eine ausführliche Information der Öffentlichkeit sei seit Abschluss des Meilensteins 3 Ende 2020 fällig gewesen und bleibe nun viel zu vage. OW-cura fehle in der aktuellen Mitteilung der Regierung ein klares Bekenntnis zum Erhalt des Spitalstandorts Sarnen, und dass in Sarnen auch weiterhin stationäre Behandlungen angeboten werden sollten, schreibt der Verein weiter.

Spital zentral für Grundversorgung

Aus Sicht der OW-cura sei ein gesundes Kantonsspital Obwalden zum Erhalt einer qualitativ hochwertigen medizinischen Grundversorgung zentral. «Das Kantonsspital erlaubt kurze Wege mit entsprechendem Komfort für Patienten und Angehörige», sagt Martin Sigg auf Anfrage. Das Spital bedeute Arbeits- und Ausbildungsplätze und sei so ein wichtiger Garant für die nachhaltige Sicherstellung der medizinischen Versor-

gung in der Region. In Zeiten des schweizweiten Hausärztemangels könne ein regionales Spital auch weiterhin Hausärzte nach Obwalden bringen, ist OW-cura überzeugt. So habe die Mehrzahl der Hausärzte, die sich in den vergangenen Jahren in Obwalden niedergelassen hätten, auch einmal im Kantonsspital Obwalden gearbeitet.

Die Hausärztinnen und Hausärzte sind von der hochwertigen Arbeit des KSOW in der Grundversorgung der Obwaldner Bevölkerung aufgrund ihrer tagtäglichen Erfahrung überzeugt. «Wir haben den Eindruck, dass die Zusammenarbeit zwischen den Hausärzten und dem Spital sehr gut funktioniert», sagt Martin Sigg. Die gute Zusammenarbeit des KSOW mit den umliegenden ausserkantonalen Spitälern bestehe nach Ansicht von OW-cura bereits und es gelte, sie weiter zu vertiefen. Eine komplette Auslagerung der stationären Akutbetten aus Obwalden in die Nachbarkantone

werde zu einer Verschlechterung der Behandlungsqualität der Gesamtbevölkerung – vor allem bei der älteren – führen.

Viel Vertrauen ist bereits verloren gegangen

Dem Regierungsrat lägen dank des Projektgruppenberichtes seit Ende 2020 detaillierte Modellrechnungen mit konkreten betriebswirtschaftlichen Zahlen vor, hält der Verein weiter fest. Auf Anfrage seien ihm diese Zahlen bislang nicht zur Verfü-

gung gestellt worden. Man verstehe nicht, warum die Regierung diese Informationen unter Verschluss halte. Dies biete Raum für Spekulationen und führe zu Verunsicherung und Vertrauensverlust des Spitalpersonals und der niedergelassenen Ärzteschaft. Erneut sei wichtige Zeit verstrichen und durch eine mangelhafte Informationspolitik bereits viel Vertrauen in den Spitalstandort verloren gegangen. Erste Abgänge von Kaderärzten mangels Zukunftsperspektive bestätigten dies.

Regierung könne keine Details kommunizieren

OW-cura fordert die Obwaldner Regierung dazu auf, endlich mit offenen Karten zu spielen. Die Ergebnisse des Meilensteins 3 sollen transparent kommuniziert werden, so auch die Details zu den untersuchten Szenarien mitsamt den dazugehörigen Modellrechnungen und betriebswirtschaftlichen Zahlen. Gesundheitsdirektorin Maya Büchi

zeigte sich auf Anfrage in einer ersten Reaktion etwas überrascht über die Mitteilung von OW-cura. In seiner Medienmitteilung habe der Regierungsrat Ende der vergangenen Woche dargelegt, dass es sich bei den Verhandlungen mit potenziellen Partnern für die Gesundheitsversorgung um einen langwierigen Prozess handle. Das hätten ähnliche Projekte in der Schweiz gezeigt. Man sei genau in dem Zeitplan, wie er seinerzeit dem Kantonsrat vorgestellt worden sei. Zum heutigen Zeitpunkt könnten keine Details kommuniziert werden, um die Verhandlungen nicht zu beeinflussen. Am Ende des Prozesses, der jetzt laufe, stehe das Ziel der bestmöglichen Gesundheitsversorgung der Obwaldner Bevölkerung. «Der Regierungsrat hat immer gesagt, dass ihm der Spitalstandort Sarnen wichtig ist», hält Maya Büchi fest. Die Frage sei, wie dieser aussehe und was angeboten werde. Dies wolle man ergebnisoffen angehen.

«Die Zusammenarbeit zwischen den Hausärzten und dem Spital funktioniert sehr gut.»

Martin Sigg
Präsident OW-cura

Nidwaldner Regierung beantragt zusätzliche Stellen

Der Landrat berät die Anträge zur Personalaufstockung in verschiedenen Abteilungen der Verwaltung an seiner nächsten Sitzung.

Im Rahmen der Budgetdebatte vom kommenden Mittwoch legt der Regierungsrat dem Landrat eine Reihe sogenannter Leistungsauftragserweiterungen vor: Zusätzliche Stellen, die in der kantonalen Verwaltung geschaffen werden sollen. Für das kommende Jahr beantragt der Regierungsrat 12,6 zusätzliche Vollstellen – oder Personaleinheiten, wie sie im Bericht der Regierung genannt werden. Berücksichtigt man die 280 Stellenprozente, die in verschiedenen Bereichen nicht mehr benötigt werden, bedeutet das 9,8 Stellen. Diese bedeuten eine Zunahme von knapp 950 000 Franken bei den Personalkosten.

Mehr Personal soll es unter anderem im IT-Support beim Kantonalen Steueramt geben. Laut dem Bericht der Regierung kommen auf die Abteilung Business Support neue Aufgaben zu. Diese sollen mit der beantragten Stelle abgefangen und bewältigt werden. Die Stelle sei für den Betrieb der Anwendungen eTax Nidwalden und Steuerportal zuständig, führe zentrale Rechnungs- und Mahnläufe sicher und unterstütze die Veranlagungsabteilung in der Pflege der Stammdaten.

Beim Hochbauamt sollen 0,4 Personaleinheiten hinzukommen. Aufgrund der anstehenden und aktuell laufenden sehr grossen Projekte insbesondere im Bereich Hochbau (Ersatzbau Süd, Masterplan Kreuzstrasse, Sporthalle) benötige das Hochbauamt zusätzliche Kapazitäten für Projektarbeiten und den Landerwerb, schreibt die Regierung. Ohne diese zusätzlichen Kapazitäten seien verschiedene Projekte in der Umsetzung gefährdet respektive können gar nicht erst gestartet werden. Die



Verschiedene Abteilungen sollen mehr Personal erhalten, wenn es nach der Nidwaldner Regierung geht.

Bild: Nidwaldner Zeitung

Finanzkommission (Fiko) stellt hier den Antrag, diese Erhöhung auf zwei Jahre zu befristen. Der gleichen Ansicht ist die Kommission für Bau, Planung, Landwirtschaft und Umwelt (BUL).

Mehr Personal für Zivilstandsamt und Polizei

Aufgestockt werden soll der Personalbestand im Zivilstandsamt um einen Zivilstandsbeamten oder eine Zivilstandsbeamtin. Die zusätzliche volle Stelle sei nötig, da sich die Geschäftslast im Amt in den vergangenen Jahren markant erhöht habe. Ebenso hat die An-

zahl der Beratungen und deren Komplexität in den letzten Jahren stetig zugenommen.

Mehr Personal soll es auch bei der Polizei geben. Eine volle Stelle beantragt der Regierungsrat für die Verkehrs- und Sicherheitspolizei. Mit den vorhandenen Ressourcen könnten die ständig wachsenden Aufgaben nicht mehr erfüllt werden. Insbesondere könne der Auftrag nicht mehr erfüllt werden, rund um die Uhr mit zwei Patrouillen präsent zu sein. Um den gesetzlichen Auftrag, die öffentliche Ordnung und Sicherheit jederzeit aufrechtzuerhalten, sei die

Aufstockung zwingend, so der Regierungsrat. Ebenfalls eine volle zusätzliche Stelle soll es bei der Kriminalpolizei geben. Die im Jahr 2019 eingeführten Veränderungen im Waffenrecht hätten zu einem markanten Anstieg der Belastung in diesem Bereich geführt, hält der Regierungsrat in seinem Bericht fest. Für diese Aufgaben habe zusätzlich ein Mitarbeiter aus der Kriminalpolizei abgezogen werden müssen. Damit sich die Mitarbeitenden der Kriminalpolizei im Dienste der Sicherheit im Kanton Nidwalden ihrem Kerngeschäft widmen könnten, sei eine

Ausweitung des Personalbestandes unerlässlich.

Eine halbe Stelle soll im Amt für Kultur geschaffen werden. Diese soll es ermöglichen, die Amtsleitung und die Leitung des Nidwaldner Museums zu trennen. Ebenfalls im Amt für Kultur sollen 0,2 Personaleinheiten bei der Denkmalpflege in ein unbefristetes Pensum umgewandelt werden. Die Fiko spricht sich knapp gegen diese Umwandlung aus. Erst sollen die Auswirkungen einer Motion zum Denkmalschutzgesetz abgewartet werden. Ebenfalls für eine Befristung spricht sich die Kommission

für Bildung, Kultur und Volkswirtschaft (BKV) aus.

Eine Vollstelle soll beim Gesundheitsamt hinzukommen. In den kommenden Jahren stünden viele strategisch bedeutende Aufgaben an. Diese Herausforderungen liessen sich mit dem aktuellen Personalbestand nicht mehr bewältigen, begründet die Regierung.

Regierung beantragt neue Stellen restriktiv

Um 0,8 Personaleinheiten soll die Kommunikationsstelle in der Staatskanzlei ausgebaut werden, die derzeit mit einer Person besetzt ist. So könne die fachliche Stellvertretung sichergestellt werden und es sei möglich, den gestiegenen Erwartungen der Bevölkerung an die Behördenkommunikation gerecht zu werden.

In diversen Bereichen beantragt der Regierungsrat befristete Stellen. So unter anderem 1,5 Personaleinheiten für drei Jahre im Steueramt für die Immobilienbewertung, 0,4 Einheiten im Amt für Gefahrenmanagement für die Projektleitung Wasserbau und insgesamt 2 Stellen bis Ende 2026 im Grundbuchamt. Der Regierungsrat hält in seinem Bericht fest, dass er die Politik der restriktiven Leistungsauftragserweiterung konsequent weiterführe. Er habe alle eingereichten Anträge auf Leistungsauftragserweiterungen kritisch auf deren Notwendigkeit hin überprüft. Dem Landrat würden deshalb nur diejenigen Leistungsauftragserweiterungen zur Verabschiedung vorgelegt, die der Regierungsrat als wichtig und wirklich notwendig eingestuft habe.

Martin Uebelhart